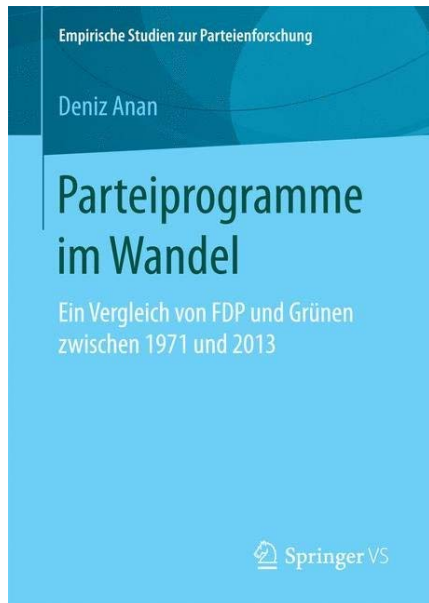


## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

### **Deniz Anan: Parteiprogramme im Wandel. Ein Vergleich von FDP und Grünen zwischen 1971 und 2013.**

Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2017 (= Empirische Studien zur Parteienforschung), 388 S., ISBN: 978-3-658-17897-9



Nicht erst seit den jüngsten koalitionspolitischen Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene sieht man einer vergleichenden Analyse von liberaler und grüner Programmatik mit erheblicher Spannung entgegen und ist bereit, sich auf den für den Historiker befremdlichen politikwissenschaftlichen Stil einzulassen. Dieser tritt dem Leser in der ursprünglichen Dissertation von Deniz Anan an der TU München in sehr massiver Form entgegen und macht die Lektüre keineswegs vergnügungssteuerepflichtig, wozu allerdings auch das methodische Vorgehen des Autors erheblich beiträgt.

Denn die programmatische Analyse wird sehr kleinteilig vorgenommen, so dass der Band teilweise zur wenig abwechslungsreichen Nacherzählung von Inhalten der verschiedenen Programme aus vier Jahrzehnten zwischen 1971 und 2013 wird. Zwar ist dem Ganzen eine knapp 80seitige methodische Einführung vorangestellt, wo der Autor natürlich seine Vertrautheit mit der politikwissen-

schaftlichen – nicht allerdings mit der zeithistorischen – Forschung unter Beweis stellt und seine Begrifflichkeit klärt. Dazu gehört, dass die Programme auf ihre wirtschaftspolitischen Aussagen einerseits und die gesellschaftspolitischen Passagen andererseits untersucht werden sollen und diese in ein Koordinatenkreuz zwischen „progressiv-libertär“ und „konservativ-autoritär“ sowie zwischen „sozialliberal“ und „wirtschaftsliberal“ eingeordnet werden (vgl. bes. S. 69). Letzteres unterscheidet sich vor allem darin, ob eher der „Gesellschafts-“ oder eher der „Wirtschaftspolitik“ in den jeweiligen Programmen der Vorrang eingeräumt wird. Außerdem wird nach dem Vorwiegen von „Wandel“ und „Kontinuität“ in kurz- und mittelfristiger Perspektive gefragt.

Der Hauptteil der Untersuchung befragt dann streng chronologisch die Wahl-, Aktions- und Grundsatzprogramme nach diesen Gesichtspunkten und ordnet sie jeweils in einem Fazit in das erwähnte Koordinatenkreuz ein, wobei als dritter Begriff noch „radikalliberal“ für den Fall eingeführt wird, dass sich „sozialliberales“ und „wirtschaftsliberales“ einigermmaßen die Waage halten. In einem weiteren „Ergebnis“-Teil wird die vorherige Analyse nochmals epochenmäßig – 1971-87/1990-1998/2000-2005/2005-2013 – ausführlich zusammengefasst und schließlich in zwei Schaubilder zur „Positionierung“ und zur „ideologischen Zuordnung“ der beiden Parteien überführt (vgl. S. 351). Die „ideologische“ Position der FDP wird dabei für die Zeit von 1971 bis Mitte der 1990er Jahre als „radikalliberal“ und danach als „wirtschaftsliberal“ eingeordnet, während sich die Grünen von „ökosozialistisch-libertär“ (1980-94) zu „ökosozialliberal“ (1997-2009) wandeln, wozu 2013 wieder Tendenzen des ursprünglichen „libertären Ökosozialismus“ getreten sind. Entsprechend konstatiert Anan – wenig überraschend – für die programmatische Entwicklung sowohl Kontinuität als auch Wandel, wobei bei den Grünen eher letzteres, bei der FDP eher ersteres überwogen habe (Vgl. S. 342).

Es ist natürlich einfach, von „zeithistorisch-unsystematischer“ Seite Einwände gegen die Methode und die Begrifflichkeit zu erheben, zumal der Autor bei der Kontextualisierung erstaunliche Defizite aufweist: So soll Karl-Hermann Flach schon Mitte der 1960er Jahre „den Umbau der FDP zu einer stärker sozialliberal geprägten Partei“ als Generalsekretär forciert haben (S. 93); in das Amt wurde er indes 1971 just zu dem Zeitpunkt gewählt, als dieser „Umbau“ mit den „Freiburger Thesen“ zum Abschluss kam. Da soll das ominöse FDP-Buch von Udo Leuschner „aus dem Umfeld der Partei selbst“ kommen (S. 37), und da ist dem Verfasser nicht klar, dass die beiden Dokumentationen zur FDP-Programmatik von Peter Juling und Heino Kaack zwei verschiedene Bücher sind (S. 373).

Gewichtiger ist sicherlich der Einwand, dass der Ausgangspunkt 1971/Freiburger Thesen in doppelter Hinsicht Probleme aufwirft: Zum einen ist damals von einer grünen Partei, d. h. auch von einer entsprechenden parteipolitischen Konkurrenz, noch lange nicht die Rede. Zum anderen aber verzerrt dieser Ausgangspunkt auch etwas die Perspektive auf die FDP, weil danach natürlich ein programmatischer Wandel standfand, insbesondere in Bezug auf die hier gewählten Maßstäbe (vgl. etwa S. 307). In längerfristiger Perspektive kann man aber auch behaupten, dass die FDP nach „Freiburg“ wieder zu Positionen zurückgekehrt ist, die sie schon davor eingenommen hat, die „Freiburger Thesen“ in programmatischer Hinsicht also eher die Ausnahme als die Regel darstellten. Entsprechend wird man das Element der „Kontinuität“ auf liberaler Seite noch stärker betonen können.

Die Reihe von Einwänden des Zeithistorikers ließen sich noch weiter fortsetzen, zumal auf die Einbeziehung der politischen Rahmenbedingungen weitgehend – zwischen „Freiburg“ 1971 und „Kiel“ 1977 lag natürlich die „Öl(preis)krise“, so dass über die Gründe für das Ende „des kurzen Sommers des Sozialliberalismus“ gar nicht „spekuliert“ werden braucht (S. 314) - und auf strategische Überlegungen fast völlig (vgl. aber S. 359) verzichtet wird. Letzteres erklärt z. B., warum die Aussagen des „Berliner Programms“ zu Kirche und Religion dann als konservativer Rückfall hinter Positionen des Weimarer Liberalismus eingeschätzt werden (S. 93), wobei beispielsweise die Auseinandersetzungen über das Elternrecht im Parlamentarischen Rat oder Dehlers Kämpfe mit der katholischen Kirche einfach übergangen werden.

Spannender erscheint eher – zumindest in politischer Sicht - die Auseinandersetzungen mit den Schlussfolgerungen, die Deniz Anan zieht, wobei man allerdings seine vielen „Selbstrelativierungen“ etwas ausblenden muss:<sup>1</sup> Er vermag insgesamt keine programmatische Annäherungen zwischen Liberalen und Grünen erkennen, wie wohl sich die Grünen zumindest zeitweise nicht nur gesellschafts-, sondern auch wirtschaftspolitisch klassisch liberalen Positionen genähert hätten. Die FDP sei dagegen wirtschaftspolitisch immer mehr neoliberal geworden. Allerdings will Anan die späteren Grünen auch nicht so ganz aus der „liberalen Parteifamilie“ ausschließen (S. 353/355). Und liberal-grüne Koalitionen seien so lange schwierig, wie die Wirtschaftspolitik eine dominante Rolle im politischen Kurs spiele. Sollte diese Position – wie schon in den 1960er und beginnenden 1970er Jahren – wieder einmal von der Gesellschaftspolitik eingenommen werden, wäre die Lage nach seiner Auffassung anders (S. 361).

Ein Argument gegen die liberale Verwandtschaft von FDP und Grünen führt Anan allerdings selber an: die unterschiedliche Auffassung von der Rolle des Staates (S. 356 f.): Befürwortung von staatlicher Intervention oder Skepsis ihr gegenüber werden sich nicht so leicht auf einen Nenner bringen lassen. Dahinter steckt ja immer noch die alte, von Werner Maihofer vor über vierzig Jahren aufgeworfene – und liberalerseits beantwortete - Frage: Wem kommt im Zweifel das Prä zu – der Freiheit des Individuums oder der Sicherheit des Kollektivs? Da-

---

<sup>1</sup> Symptomatisch dafür ist eine Passage zu den „Karlsruher Freiheitsthesen“ (S. 277): Diese greifen „den wachstumskritischen Diskurs (der Grünen) nun auf, übernehmen die Wachstumskritik aber nur teilweise, und bejahen und propagieren Wirtschaftswachstum“. Es folgt dann ein Zitat, in dem erklärt wird: „Eine Gesellschaft ohne Wachstum ist eine statische und versteinerte Gesellschaft.“ Und Wachstum sei das „Mittel für mehr Freiheit“.

bei ist die „Umwelt“ in diesem Zusammenhang wohl kaum individualistisch zu verstehen. Und nicht nur weil wirtschaftliche Fragen zukünftig kaum an Bedeutung verlieren werden, eher ist das Gegenteil zu erwarten, scheint eine Annäherung von grün und liberal nicht sehr wahrscheinlich, zumal ja auch gesellschaftliche Fragen wirtschaftliche Sprengkraft in sich bergen, wie sich jüngst am „Flüchtlings-Komplex“ gezeigt hat. Zieht man ein Fazit aus zeit-historischer Sicht, ist der wissenschaftliche Ertrag dieser Studie nicht unbedingt überragend, politisch regt sie aber sicherlich zu Diskussionen an.

Gummersbach/Bonn

Jürgen Frölich

ARCHIV  
DES  
LIBERALISMUS

in Kooperation mit



recensio.net